

18. Wahlperiode

Antrag

der AfD-Fraktion

auf Annahme einer EntschlieÙung

Kampf gegen Antisemitismus gezielt und konsequent umsetzen – Al-Quds-Tag verurteilen!

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Das Abgeordnetenhaus von Berlin hat am 31. Mai 2018 einstimmig den Antrag „Gegen jeden Antisemitismus! – Jüdisches Leben in Berlin schützen“ (Drucksache 18/1061) angenommen. Hinsichtlich des Al-Quds-Tages heißt es dort: „Berlin wird keine antisemitischen Parolen, Motive oder Zeichen von antisemitischen Organisationen (wie z. B. der Hisbollah, der Hamas, der P.F.L.P.) und ihrer Partnerorganisationen auf Versammlungen im öffentlichen Straßenbild akzeptieren. Die Versammlungsbehörde wird aufgefordert, alle Möglichkeiten für Auflagen für jährliche Aufmärsche wie zum Beispiel am sogenannten „Al-Quds-Tag“ zu nutzen und sie durch sprach- und sachkundige Beamtinnen und Beamte zu überprüfen und durchzusetzen.“

Im Ergebnis dessen hat der Senat das Berliner Landeskonzept zur Weiterentwicklung der Antisemitismus-Prävention vorgelegt (Drucksache 18/1754 v. 14. März 2019) und sich konzeptionell hinsichtlich des Al-Quds-Tags wie folgt eingelassen: „Die Auflagen zum Aufzug zum sogenannten „Al-Quds-Tag“ wurden insoweit erweitert, dass nicht nur Rufe und Parolen, die gegenüber Teilen oder Einzelnen einer ethnischen oder religiösen Gruppe ehrverletzend sind, untersagt werden, sondern auch das Zeigen der Embleme der Hizb-Allah-Organisation nebst ihrer Unter- und Partnerorganisationen.“

Unabhängig von den präventiv de facto begrenzten Möglichkeiten der Exekutive verurteilt das Abgeordnetenhaus im Sinne eindeutiger politischer Willensbildung den Aufruf zum Al-Quds-Tag am 1. Juni 2019.

Begründung:

Am letzten Samstag des diesjährigen Ramadan, am 1. Juni 2019, werden in Berlin wieder Antisemiten ihren Hass auf den Staat Israel auf den Berliner Straßen kundtun. Mit Blick auf die zunehmende Zahl antisemitischer Gewalt sei, so der Tagesspiegel vom 17. April 2019, die Zahl antisemitischer Vorfälle in Berlin deutlich auf mehr als 1000 pro Jahr gestiegen.

In der Antwort des Senates (Drucksache Nr. 18/18685) wird eingeräumt, dass dem Bezirksamt Charlottenburg-Wilmersdorf keine Präventionsmaßnahmen bekannt sind, die sich auf den Al-Quds-Tag beziehen, der die größte antizionistische und antisemitische Veranstaltung seiner Art in Deutschland ist.

Es kann nicht hingenommen werden, dass der vom radikalen iranischen Revolutionsführer Ajatollah Chomeini 1979 begründete Aufruf zur „Befreiung Jerusalems“ von religiösen Fanatikern und Antisemiten dazu genutzt wird, um unter dem Vorwand des Kampfes gegen den Zionismus und in aggressiver Opposition gegen den Staat Israel ihren Hass auf Juden zu verbreiten.

Berlin, 21. Mai 2019

Pazderski Bronson Hansel
und die übrigen Mitglieder der AfD-Fraktion